

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948 1947

7 (25.1.1947)

BADENER TAGBLATT



Erscheint mittwochs und samstags — Bezugspreis: Monatlich 1,20 RM durch die Post 1,44 RM durch Streifband 2 RM
Geschäftsstelle Buhl/Bd.: Hauptstraße 80, Telefon 732

Anschrift: Baden-Baden, Stefaniestraße 3 — Fernruf
Verlag 15 56 Schriftleitung 21 20 Postcheck Karlsruhe 14 137
Geschäftsstelle in Achern/Bd.: Hauptstraße 112

NR. 7 / 3. JAHRGANG

St

BADEN-BADEN, SAMSTAG, DEN 25. JANUAR 1947

PREIS 15 PFENNIG

Botschaft des französischen Staatspräsidenten an die Nationalversammlung

Der Präsident der Republik, Vincent Auriol, hat an die Nationalversammlung die traditionelle Botschaft gerichtet, in der er unter anderem sagt:

Unsere Unabhängigkeit und unsere Freiheit verdanken wir dem Heroismus unserer Soldaten und unserer Kämpfer der Widerstandsbewegung. Wir verdanken sie unserem hervorragenden Mitbürger, der sie zum Widerstand aufrief und der am 16. Juni 1940 den Mut nicht sinken ließ. Im Namen der Nation versichere ich ihm heute erneut unsere dankbare Verehrung. Wir verdanken sie aber auch dem Volk, und jenen starken, demokratischen und rein menschlichen moralischen Kräften, die in Frankreich und in der ganzen Welt zu neuem Leben erwacht sind. Wir wollen niemals den Preis vergessen, den wir für unsere Freiheit bezahlt haben.

Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes

besuchen Freiburg i. Br.

Am Montag trafen in Freiburg Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes mit den Vertretern des badischen Landes, franz. bes. Gebiet zur Sammlung von Informationen zusammen. In freier offener Aussprache gaben die Vertreter der badischen Gewerkschaften Aufklärung. Die Kommission des Weltgewerkschaftsbundes bestand aus Vertretern Frankreichs, Englands, Rußlands und der Tschechoslowakei. Als Vorsitzender präsidierte der Vater des Weltgewerkschaftsbundes Léon Jouhaux. Nach Worten der Begrüßung wurde die Aussprache eröffnet, wobei der Vorsitzende des Ortsausschusses Freiburg, Kollege Kappes, einen allgemeinen Umriss der Verhältnisse gab. Kollege Spindler, Freiburg, erläuterte die Ernährungslage. Kollege Reibel, Freiburg, klärte die Betriebsräte-Frage. Kollege Schneider, Baden-Baden, ergänzte als Vertreter der Zone das Vorhergesagte, unterstrich überall dort, wo es die Notwendigkeit erforderte, erhob weiteren Einspruch gegen die Fortsetzung der Demontage von Produktionsmitteln- und Werkzeugmaschinenfabriken etc. Die Dringlichkeit der Freigabe von Schuhwerk, Bekleidung usw. wurde besonders hervorgehoben, ebenso die Notwendigkeit baldmöglichster Entlassung unserer Kriegsgefangenen.

Die Vertreter der Gewerkschaften verließen die Zusammenkunft in der Überzeugung, daß durch die Aussprache die Weltgewerkschaftsvertreter ihre volle Kraft bei den Regierungen einsetzen werden, um den Geschick Deutschlands für die kommende Zeit Erleichterungen zu verschaffen. M. Sch.

Pakete für deutsche Kriegsgefangene

in der amerikanischen Zone

BADEN-BADEN — In der französischen Besatzungszone ansässige Familien können deutschen Kriegsgefangenen, die in der amerikanischen Zone untergebracht sind, Postpakete bis zum Höchstgewicht von 5 Kilogramm senden. Diese Pakete dürfen nur allgemeine Gebrauchsgüter enthalten. Verwendung der für diese Art Pakete grundsätzlich unzulässigen Gegenstände und vor allem Befügung von Briefpost jeder Art ist verboten.

Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die in der britischen Besatzungszone stationierten Kriegsgefangenen ebenfalls seit August 1946 Pakete von ihren in der französischen Zone ansässigen Familienangehörigen erhalten dürfen.

Regierungsblock siegte in Polen

WARSAU — Die vorläufigen Ergebnisse für das gesamte Parlament sind folgende: 392 Abgeordnete des Regierungsblocks, 28 Abgeordnete der Bauernpartei, 12 Abgeordnete der Arbeiterpartei, 8 Abgeordnete der Fraktion „Nowe Wyzwolenie“, 4 Unabhängige. Innerhalb des Regierungsblocks ist die prozentuale Verteilung der Sitze folgende: Arbeiterpartei: 31 %, Sozialistische Partei: 31 %, Bauernpartei von Lublin: 27 %, Demokratische Partei: 11 %. Die Opposition wird sich auf die polnische Bauernpartei beschränken, deren Führer Mikolajczyk, wie er selbst erklärt hat, bleiben wird.

Entlassung und Beurlaubung deutscher Kriegsgefangener

aus französischer Gefangenschaft

BADEN-BADEN — In letzter Zeit häufen sich die Gesuche um Freigabe von Kriegsgefangenen. In Anbetracht des dringend erforderlichen Bedarfs an Arbeitskräften für den Wiederaufbau Frankreichs kann diesen Gesuchen im allgemeinen nicht stattgegeben werden. Um das Einreichen weiterer zweckloser Gesuche zu unterbinden, und um andererseits irreführende Meldungen richtig zu stellen, werden im folgenden noch einmal die Bestimmungen angeführt, die für die Entlassung deutscher Kriegsgefangener aus französischer Gefangenschaft z. Zt. maßgebend sind:

Endgültig entlassen, werden können nur: 1. Kriegsgefangene, die arbeitsunfähig sind. Diese werden in Gefangenenlagern von ärztlichen Kommissionen ausgeschieden und zwecks Demobilisierung nach Deutschland zurückgeführt.

2. Kriegsgefangene, die unter eigener Lebensgefahr französischen Staatsangehörigen das Leben gerettet haben. Außerdem können Kriegsgefangene, die in der französischen Zone ansässig sind, in beschränkter Anzahl vereinzelt und nur in ganz besonderen Fällen „beurlaubt“ werden. Sie haben sich nach ihrer Entlassung aus dem Gefangenenlager regelmäßig der Kontrolle seitens der französischen Behörden zu stellen. Für eine solche „Beurlaubung“ können nur Kriegsgefangene in Frage kommen, die einer der folgenden Kategorien angehören:

a) Kriegsgefangene, die in der französischen Zone untergebracht sind, soweit sie folgenden Berufen angehören: Landwirte, Förster, Bahn- und Postbeamte, Veterinäre, Lehrer.

b) Kriegsgefangene, deren Anwesenheit in der französischen Besatzungszone die Militärregierung

Neue französische Regierung gebildet

PARIS — Die französische Nationalversammlung hat einstimmig Ramadier mit 549 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen. Damit ist Ramadier als Ministerpräsident endgültig bestätigt.

Dieser hat daraufhin dem Präsidenten der Republik die Mitglieder seiner Regierung vorgestellt, die folgendermaßen zusammengesetzt ist:

Ministerpräsident: Paul Ramadier (SFIO).

Stellvertretende Ministerpräsidenten: Maurice Thorez (Komm.), Ph. Teitgen (MRP).

Staatsminister: Felix Guoin (SFIO), Yvon Delbos (Rad. Soz.), Marcel Roclore (Unabh.).

Justiz: André Marie (Rad. Soz.).

Luftfahrt: André Maroselli (Rad. Soz.).

Jugend, Kunst und Schrifttum: Pierre Bourdan (UDSR).

Wirtschaft: André Philip (SFIO).

Öffentliche Arbeiten: Jules Moch (SFIO).

Industrielle Produktion: Robert Lacoste (SFIO).

Landwirtschaft: Tanguy-Prigent (SFIO).

Unterrichtswesen: Marcel Edmond Naegelen (SFIO).

Innere: Edouard Depreux (SFIO).

Überseische Gebiete: Marius Moutet (SFIO).

Außere: Georges Bidault (MRP).

Finanzen: Robert Schuman (MRP).

Kriegsministerium: Paul Coste-Floret (MRP).

Handel: Jean Letourneau (MRP).

Landesverteidigung: François Billoux (Komm.).

Arbeit: Ambroise Croizat (Komm.).

Öffentliche Gesundheit und Bevölkerungsfragen: George Marran (Komm.).

Wiederaufbau: Charles Tillon (Komm.).

Marine: Louis Jacquinot (Unabh.).

Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer: François Mitterand (Unabh.).

Wie aus der Ministerliste hervorgeht, ist es Paul Ramadier gelungen, die Große Koalition zu ver-

wirklichen, die seit den Wahlen im November 1946 angestrebt worden ist. Dieser Erfolg des neuen Ministerpräsidenten hat sowohl innen- wie außenpolitisch größte Bedeutung.

Innenpolitisch dürfte durch diese glückliche Koalition eine Stabilisierung der Verhältnisse Frankreichs erreicht werden, die einen ruhigen und stetigen Wiederaufbau des Landes, namentlich im wirtschaftlichen Sektor, gewährleistet. Gerade die früheren Blockbildungen in der Regierungskoalition hatten eine verhängnisvolle Unsicherheit geschaffen, die die Schlagkraft Frankreichs nach außen nicht unwesentlich beeinträchtigte. Es muß daher als ein günstiges Zeichen in den jetzigen kritischen Zeiten gewertet werden, daß es der Talkraft des neuen Ministerpräsidenten gelungen ist, eine verheißungsvolle Kombination zustande zu bringen und Blockbildungen zu vermeiden.

In der außenpolitischen Perspektive darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die stärkste Partei, nämlich die Kommunisten, nur mit fünf Repräsentanten im Kabinett vertreten ist. Inwieweit hier Rückschlüsse auf das französische russische Verhältnis gezogen werden müssen, kann erst die Zukunft lehren. Auf der anderen Seite muß aber entschieden betont werden, daß in der Zusammensetzung des neuen Kabinetts eine Vertiefung der Beziehungen zu den übrigen westlichen Alliierten erblickt werden kann. Insbesondere dürfte sich die neue Ministerzusammensetzung glücklich auf die geplanten Bündnisverhandlungen mit England auswirken.

Auch Deutschland kann mit dieser Lösung zufrieden sein, denn je stabiler die politischen Verhältnisse in Frankreich sind, desto klarer und eindeutiger wird sich auch die Politik dieses Landes gegenüber abzeichnen. Alles in allem kann man das neue Kabinett als einen weiteren Schritt zur endgültigen Untermauerung des Friedens begrüßen.

Herriot Präsident der Nationalversammlung

PARIS — Edouard Herriot ist mit 429 von insgesamt 534 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt worden.

In seiner Ansprache beschäftigte er sich auch mit der Regelung des Friedensproblems gegenüber Deutschland. Er bemerkte hierzu: „Es müssen Fragen geregelt werden, die entscheidend sind für unsere materielle Sicherheit. Wir wollen nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, obwohl wir so viel gelitten haben. Es wäre ein Glück, wenn Deutschland endlich darauf verzichten wollte, das Blut der Völker zu vergießen, wenn es sich gewöhnen wollte in einem demokratischen Europa seinen Anteil an einem arbeitsamen und ruhigen Leben zu nehmen.“

Wir wollen jedoch nicht für unsere Großmut geprellt werden und werden niemals eine Wiederholung der Irrtümer von 1918 zulassen. Wir wissen, daß das Vorhandensein von verschiedenen Auffassungen und Ansichten in einem freien Land eine Notwendigkeit sind. Diese Unterschiede müssen jedoch in dem Augenblick zurücktreten, in dem es gilt, eine gemeinsame Pflicht gegenüber dem Lande zu erfüllen. Wir werden oft so sehr mißverstanden. Daran tragen aber wir selber die Schuld. Denn wir haben die Eigenart unsere Fehler deutlicher zu zeigen als unsere Qualitäten!“

Ramadier über Indochina

Nach Herriot ergriff Ramadier das Wort. Nachdem er über inner- und wirtschaftspolitische Fragen gesprochen hatte, wandte er sich der Außenpolitik zu und behandelte zunächst die indochinesische Frage. Das Kolonialreich alten Stiles ist endgültig verschwunden. An seine Stelle ist die französische Union getreten, betonte Ramadier und fügte hinzu: Diese französische Union betreibt eine kompromißlose Friedenspolitik, die jedoch nicht als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden

darf. In Indochina ist der Wunsch Frankreichs nach Versöhnung mit Aggression beantwortet worden. Der Konflikt wurde heimtückisch vorbereitet. Das Leben und das Eigentum der Franzosen und der Ausländer muß geschützt werden. Wir werden den uns aufgezwungenen Krieg solange fortführen, bis die Ordnung und Sicherheit wieder gewährleistet sind. Dann wird auch Frankreich gegen eine Union der drei anantischen Völker nichts einzuwenden haben und sich mit der Unabhängigkeit Vietnams im Rahmen der französischen Union einverstanden erklären.

... und über Deutschland

Frankreich kann es nicht vergessen, daß es innerhalb einer Periode von weniger als 100 Jahren dreimal von Deutschland überfallen worden ist. Es wird jetzt für seine Sicherheit zu sorgen wissen, wobei wir ausdrücklich betonen, daß wir die deutsche Bevölkerung nicht unterdrücken wollen. Wir müssen uns lediglich gegen eine neue Aggression sichern und Frankreich muß die ihm zustehenden Reparationen, vor allem Kohle, erhalten.

Die Londoner Konferenz / Die Schwierigkeiten des deutschen Statuts

LONDON — Bei den Vorarbeiten der Sonderbeauftragten für die Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Deutschland kam der Delegierte der Vereinigten Staaten, Murphy, auf den circulus vitiosus zu sprechen, der darin besteht, daß Deutschland keine Regierung hat, die als Unterzeichner des Vertrages in Frage kommen könne.

Er gab zu bedenken, ob es nicht besser wäre, Deutschland ein internationales Statut aufzulegen oder zum mindesten das deutsche Volk durch eine Abstimmung selbst darüber entscheiden zu lassen. Dieses Statut könne auch den Führern der deutschen Parteien oder der künftigen Regierung zur Bildung vorgelegt werden.

Der sowjetische Delegierte Gusew befaßt sich ebenfalls mit dem Gedanken eines internationalen Statuts für Deutschland. Er fand ihn unklar und verlangte nähere Präzisionen.

Der französische Delegierte Couve de Murville billigte die Anregungen Murphys und meinte, daß die beste Methode bei der Behandlung des deutschen Problems gefunden werden müsse, um auch die anderen alliierten Mächte an dieser Arbeit teilnehmen zu lassen. Die französische Regierung hat übrigens der amerikanischen, britischen und sowjetischen Regierung eine Denkschrift zugehen lassen, in der sie den französischen Standpunkt der Gesamtheit der einzelnen deutschen Problemen gegenüber zum Ausdruck bringt.

Jugoslawische Forderungen an Oesterreich

Der jugoslawische Vertreter gab einen geschichtlichen Rückblick, um zu beweisen, daß Oesterreich immer die Avantgarde der von Deutschland gegen die slawischen Völker betriebenen Unterjochungs-Politik gewesen ist. Die dunkelsten Ereignisse, die Jugoslawien im Verlaufe des letzten Krieges erleben mußten, seien auf österreichischen Ursprung zurückzuführen oder aber seien Oesterreicher maßgeblich daran beteiligt gewesen.

Um gegen den österreichischen Pan-germanismus eine solide Barriere zu errichten, sei es notwendig, die bewaffneten Streitkräfte Oesterreichs zahlenmäßig auf ein Minimum zu beschränken. Außerdem müsse das ganze Land entnazifiziert werden, denn die österreichische Regierung sei zu nachsichtig gegenüber den Nazis, und Oesterreich sei die Zufluchtstätte zahlreicher Kollaborateure Südost-Europas geworden.

LEO ZAESCHMAR:

Skandale

In diesen Zeiten der Umwertung aller Werte, die wir jetzt durchleben müssen, scheinen auch althergebrachte Sprichwörter Lügen gestraft zu werden. Wenn auch nicht alle, so doch manche, an deren Wahrheit wir bisher nie zu zweifeln wagten. Nichts ist so kennzeichnend für die Auflösung aller Sittengesetze, für die geistige Ratlosigkeit der heutigen Welt, als die Tatsache, daß Sittensprüche, die von Geschlecht zu Geschlecht sich vererbten, plötzlich jeden Wert verloren haben, weil die Erfahrung des heutigen Lebens der in ihnen enthaltenen Wahrheit direkt ins Gesicht schlägt.

Ein alter Spruch sagt:

Bricht ein wirklicher Schmerz herein,

Wie dann die kleinen Sorgen verstummen!

Wenn über dem Bergwald die Adler schreien,

Hört wohl niemand die Mücken summen.

Mit prosaischen Worten ausgedrückt: wenn große Sorgen die Menschen packen, vergessen sie die kleinen, weil die Beschäftigung mit beiden ihr seelisches Fassungsvermögen übersteigt. Lehrt die Beobachtung des täglichen Lebens heute noch die Gültigkeit dieser Worte? Man wird dies füglich bezweifeln müssen, denn so bewundernswert auch die Leidensfähigkeit der Menschen in den Bombennächten des Krieges sich bewährt hat, so staunenswert stellte sich ihre Unfähigkeit heraus, über den großen Sorgen und Nöten die kleinen zu vergessen!

Wenn wir uns vor Augen halten, welches gerüttelt-Maß von Gram und Elend die Menschen während der ganzen Dauer des Krieges haben erlitten und bis auf den heutigen Tag, wenn auch in anderer Form, doch mit der gleichen Schwere noch durchstehen müssen, so erscheint uns die Beobachtung rätselhaft und unfassbar, daß all dieses Grauen offenbar vergessen sein muß, weil sonst die lächerlichsten Bagatellen des täglichen Lebens nicht schon wieder wie einst in fernem glücklichen Friedenszeiten zu Haupt- und Staatsaktionen des Tages erhoben werden könnten. Man mache eine Probe auf das Exempel und besuche Gerichtssäle und Zeitungsredaktionen, auch der Aufenthalt auf Polizeistationen und in Anwaltsbüros ist recht lehrreich. Man wird nach einem Rundgang durch diese ernsten Stätten der Arbeit zu dem Urteil gelangen müssen, daß keine Angelegenheit des täglichen Lebens unwichtig und kindisch genug ist, um nicht mit Emphase und tiefem Ernst dort umstritten zu werden.

Die psychologische Erklärung für die sonderbare Erscheinung ist nicht leicht. Seelenforscher sind vielleicht rasch mit der Behauptung zur Hand, daß die Menschen sich die Komplexe der großen Sorgen abregieren wollen, aber die Erklärung ist wenig befriedigend, denn die einfachste Überlegung sagt doch, daß ich die seelische Kraft zur Überwindung der großen Nöte unnötig verbrauchen, wenn ich sie in Kleinigkeiten zersplittere. Viel näher liegt die Begründung, daß die Leute in ihrer Ohnmacht und Hilflosigkeit den Schlägen des großen Schicksals gegenüber, in den täglichen kleinen Dingen ihre Verbitterung an der nächsten Umsehung auslassen. Für die Richtigkeit dieser Auffassung spricht auch die Beobachtung, daß die Menschen heute stündlich mit einem wahren Behagen aus irgendeinem Skandal in ihrem Lebenskreis warten. Ist er wirklich eingetreten, so weidet man

Die Schwierigkeiten des deutschen Statuts

Gruber über Oesterreichs Unabhängigkeit

Der österreichische Außenminister Dr. Gruber erklärte, die österreichische Delegation habe den Eindruck, daß alle Mächte jetzt die Bedeutung eines freien unabhängigen Oesterreich erkennen, sowohl um einen künftigen deutschen Angriff zu verhindern, als auch um feste internationale Verhältnisse in den Randgebieten der Alpen zu schaffen. Wenn diese Anerkennung praktische Folgen haben soll, so müsse dies dem Texte des Vertrages entsprechen.

Zu den jugoslawischen Gebietsansprüchen an Oesterreich sagte Dr. Gruber, daß die jugoslawischen Zahlenangaben der slowenischen Bevölkerung in Kärnten übertrieben seien. Die Volksabstimmung nach dem letzten Krieg habe den Wunsch der Bevölkerung klar gezeigt, daß sie bei Oesterreich/bleiben wolle. Ferner seien bisher noch keine ins einzelne gehenden Vorschläge über die Art der Armee, die Oesterreich brauche, ausgearbeitet worden. Anweisungen über diese Angelegenheit würde den Stellvertretern der Außenminister unterbreitet werden.

Ein amerikanischer Sprecher erklärte, die Vereinigten Staaten würden sich gegen die polnische Forderung wenden, daß eine alliierte Kommission zur Nachkriegskontrolle in Oesterreich eingesetzt werde, um die Aufrechterhaltung des Friedens zu gewährleisten. Er sagte: „Amerika ist der Ansicht, daß alle militärischen Streitkräfte aus Oesterreich zurückgezogen werden sollen und daß es zur Gewährleistung der Durchführung der Friedensbedingungen genügt, wenn die Botschafter ausschließlich als Ratgeber mit der österreichischen Regierung zusammenarbeiten werden.“

Hoover besucht Deutschland

WASHINGTON — Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover, ist von Präsident Truman beauftragt worden einen Bericht über die Ernährungslage und über den Stand der industriellen Produktion in den amerikanischen Besatzungszone Deutschlands und Oesterreichs auszuarbeiten. Hoover wird im Laufe der kommenden Woche seine Reise antreten. Pressevertreter gegenüber erklärte Hoover in diesem Zusammenhang, daß die amerikanischen Steuerzahler jährlich 300 Millionen Dollar zu zahlen hätten, um den Bedarf der amerikanischen Besatzungszone in Europa an Lebensmitteln sicher zu stellen.

sich ausgiebig an seiner Ausbeutung, indem man Gerüchten nachläßt, selbst wenn sie noch so haltlos erscheinen. Nun ist an Skandalen in dieser Zeit kein Mangel, und nur die wenigsten von ihnen können wegen der Papiernot in den Zeitungen registriert werden. Aber da das menschliche Fassungsvermögen infolge der schlechten Ernährung heutzutage mehr denn je begrenzt ist, werden sie ebenso schnell wieder vergessen. Hier liegt das Positive in dieser ausgleichenden Gerechtigkeit des Schicksals.

Nur einer bestimmten Kategorie von Skandalen ist dieses Glück ihrer Versenkung in das Meer der Vergessenheit nicht beschieden. Das sind jene, bei denen die Parteien (nicht immer die politischen) sich wie Kampfhähne gegenüberstehen, um teils für, teils gegen das Opfer der Sensation Stellung zu beziehen. Schwelbend dann noch über dem ganzen Kampfgetümmel wie eine drohende Wetterwolke die Besatzungsmacht, so bekommt für den beobachtenden Zeitgenossen die ganze Situation einen derartigen Stich ins Komische, daß er lachen müßte, hätte er sich nicht das Lachen abgewöhnt.

Unsere Mitbürger in der französischen Zone scheinen zu vergessen, daß die Franzosen große Satiriker sind. Ein Blick in ihre Literatur zeigt uns, daß die größten Geister ihrer Geschichte wie zum Beispiel Molière auf dem Gebiet der Satire Unsterbliches geleistet haben. Sie sehen daher sicher mit ausgezeichnetem Humor der Entwicklung von Ereignissen in unserer engeren Heimat zu, die durch die fast krankhaft anmielnde Sensationslust gewisser Kreise in ihrer Bedeutung noch wesentlich vergrößert werden. Bei der problematischen Stellung, die unser Land mehr denn je nach allem, was sich ereignet hat, unter den Völkern Europas einnimmt, ist es wenig erhehend, zu bemerken, wie manche unserer Landleute kein Gefühl für den Fluch der Lächerlichkeit haben, dem sie sich aussetzen, wenn sie in dieser ersten Notzeit ihre Phantasie und ihre Zeit an Skandale verschwenden, die in ihrem Umfang und in ihrer Bedeutung in geradezu groteskem Widerspruch stehen zu dem Meer von Skandalen, die die Nazis während ihrer zwölfjährigen Gastrolle in Europa sich geleistet hatten. Wobei wir ausdrücklich betonen, daß Skandale mit schwerwiegenden Folgen durchaus nicht bagatellisiert werden dürfen. Aber abwarten sollte man wenigstens die Entwicklung der Dinge, bis sie geklärt sind.

Ach, hätte man doch damals nur einen Bruchteil des heutigen Eifers an das Aufspüren von Sensationen verwandt, der chirurgische Eingriff des „großen Staatsmanns“ in den Körper Europas wäre weniger schmerzlich gewesen!

Um das Maß der Lächerlichkeit voll zu machen wird zur Begründung dieser Betriebsamkeit die Demokratie, der demokratische Geist, aus der Verneinung herausgeholt, ohne zu bedenken, daß seine Beschwörer ihn prostituierten, wenn sie ihn mit der Sensationslust verknüpfen. All den Verfechtern einer solchen entstellten Demokratie sei gesagt daß der Geist der wahren Demokratie sich in Sachlichkeit, Distanzgefühl und vor allen Dingen in Unparteilichkeit manifestiert, indem er furchtlos die Ansicht des Gegners achtet und solange mit seinem Urteil über eine Sache zurückhält, bis sie von den berufenen Stellen von allen Seiten beleuchtet und durchleuchtet worden ist. Der Geist wahrer Demokratie äußert sich nicht nur in der großen Politik, er schließt seine Zelte auch in den kleinen Dingen des täglichen Lebens auf. Wird er dort müßig, so flieht er sie, um sich ebenfalls in den großen Dingen der Politik nicht wiederzufinden. Wir glauben, daß das deutsche Volk sich selbst keine bessere Vollmacht ausstellen könnte, um bei den benannten Verhandlungen über sein Schicksal gehört zu werden, als wenn es endlich besreifen wollte, die drei Tore sind, die es durchschreiten muß, um in das Reich der Freiheit zu gelangen.

Meldungen vom Tage

SANTIAGO — Die chilenische Regierung hat beschlossen, das von ihr beanspruchte Gebiet in der Antarktis in die Republik einzuverleihen. Das betreffende Territorium liegt in der Nähe des 33. westlichen Längengrads.

NEW YORK — Pastor Martin Niemöller, der sich gegenwärtig auf einer Reise durch die Vereinigten Staaten befindet, erklärte, daß der Antisemitismus in Deutschland gerade auf und der Verfolgung unter dem Hitlerregime, heute tot sei. Mittel mit den Juden und das Gefühl, daß alles ihnen Angehörige nicht durch die Alliierten, sondern durch Gott vergolten wurde, sei eine der bedeutendsten Reaktionen im deutschen Volk.

WASHINGTON — Im Rahmen einer schlechten Zeremonie hat Staatssekretär Byrnes die Friedensverträge mit Italien, Bulgarien, Ungarn und Rumänien unterzeichnet.

DÜSSELDORF — Das Land Lippe wird dem Land Nordrhein-Westfalen eingegliedert werden.

MÜNCHEN — Richard Strauß soll in etwa zwei Wochen vor dem Denkmalszeremonie-Ausschuss in Garisch-Parkkirchen erscheinen, wie der Sender München bekanntgab. Der 82-jährige Komponist lebt gegenwärtig in Österreich.

WIESBADEN — Die Zugehörigkeit zur sudetendeutschen Partei (SDP) gilt, wie das Hessische Ministerium für politische Befragung bekanntgab, nicht als belastend, da nach dem Betrugsgesetz die politischen Parteien des Sudetenlandes nicht unter den politisch belasteten Organisationen aufgeführt sind.

STUTTGART — Hjalmar Schacht wurde am Montagabend zu einer leichten Bruchoperation von der Krankenabteilung des Ludwigsburger Gefängnisses in das Robert-Bosch-Krankenhaus in Stuttgart überführt.

Rastatt und Ravensbrück / Angeklagte und Zeugen sagen aus

Im weiteren Verlauf des Rastatter Kriegsverbrecherprozesses wurde der Angeklagte Busch, seinerzeit Lagerkoch und stellvertretender Lagerführer des Lagers Schönbürg, vernommen. (Man erinnert sich, daß vor einigen Monaten in Schönbürg ein Gedenkfriedhof durch General Koenig feierlich geweiht wurde, nachdem man hier fast zweitausend Todesopfer des Lagers gefunden und ausgegraben hatte). Gegen Busch hatten die Belastungszeugen den Vorwurf der Lebensmittelverschwendung und der Gefangenenschlagung erhoben und durch ihre Aussagen belegt. Busch leugnete dem gegenüber jede Mitverantwortlichkeit für die Ereignisse im Lager wie auch jeden Lebensmitteldiebstahl, selbst als der Generalstaatsanwalt ihm nochmals die erdrückende Beweislast der Zeugenaussagen vorhielt. Busch behauptete sogar, daß in Schönbürg kein Mensch an Hunger gestorben sei.

Der anschließend in den Zeugenstand gerufene Adjutant des Lagerführers von Natzweiler, Schmidetsky, war zunächst als Obersturmführer der SS in Auschwitz tätig. Als er nach Natzweiler kam, hatte er sofort den Eindruck, daß das Lager sehr schlecht war, an Überbelegung litt und absolut unzureichende hygienische Verhältnisse aufwies. Die Häftlinge hätten sehr schlecht ausgesehen und seien, wie Schmidetsky dem Generalstaatsanwalt bestätigt, tatsächlich die Sklaven ihrer Arbeitgeber gewesen. Durch plötzlichen Zustrom von Häftlingen gestaltete sich die anfangs noch halbwegs ausreichende Bekleidungsfrage katastrophal, ohne daß dem praktisch abgeholfen werden konnte. Die Menschen wurden lediglich wie Ware behandelt, die man nach Belieben der höchsten Führer verwirren konnte. Schmidetsky behauptet, daß er alle Anstrengungen gemacht habe, um die furchtbaren Verhältnisse zu bessern. Aber alle Bemühungen seien in den Absagen der Lieferfirmen gescheitert und praktisch sind denn auch Tausende von Häftlingen verhungert.

Der Angeklagte Hartenstein, Chef sämtlicher Unterlager von Natzweiler, bestätigt diese Aussagen im wesentlichen, will aber von den furchtbaren Zuständen, von den Todesfällen und Mißhandlungen nichts gewußt haben. Hartenstein behauptet, daß er heute nicht vor dem Gericht stünde, wenn er in vollem Maße von den wirklichen Zuständen in den KZ's Kenntnis gehabt hätte.

Der Angeklagte Schwartz gibt ebenfalls zu, daß die Lager im Februar 1945, als er Hartenstein ablöste, in einem traurigen Zustand gewesen seien. Die Hauptverantwortung dafür treffe aber die OT und die Firmen. Auch Schwartz sagt aus, daß alle von ihm unternommenen Verbesserungsver-

suche fehlgeschlagen seien, und er von Brutalitäten, Mißhandlungen und der hohen Sterblichkeitsziffer nichts gewußt habe.

Anschließend wurde die Verhandlung auf den 27. Januar vertagt, wo die Strafanträge der Staatsanwaltschaft und die Plädoyers der deutschen Verteidigung erwartet werden. Das Urteil dürfte bis Ende des Monats gefällt sein.

In den Verhandlungen gegen die Verantwortlichen des Frauen-KZ-Lagers Ravensbrück bekundete die Ehefrau des Angeklagten Dr. Rosenthal, daß ihr Mann als Arzt sehr ordentlich gewesen und nur sehr ungern nach Ravensbrück gegangen sei. Sie erkennt zwei von der Verteidigung vorgelegte Briefe als von der Hand ihres Mannes an, in denen Rosenthal seine Abneigung gegen das Nazisystem festgelegt hat.

Auch der Angeklagte Dr. Winkelmann hat sich nach seiner Aussage in Ravensbrück von vornherein gegen seine Teilnahme an Exekutionen und Prügelstrafen ausgesprochen. Er will weiterhin nicht auf den Gedanken gekommen sein, daß die ausgewählten Häftlinge für die Gaskammern bestimmt gewesen seien, von deren Existenz der Angeklagte erst erfahren habe, als sie in die Luft gesprungen waren.

Der von der Verteidigung geladene Zeuge Otto Waterstraß sagt aus, daß Dr. Winkelmann als Amtsarzt der ehemals deutsch besetzten polnischen Stadt Tschenschochau dort zum Stadtkommando geworden sei, weil er sich SS-Offizieren gegenüber kategorisch geweigert hätte, Rezepte auszugeben. Winkelmann sei außerordentlich korrekt und freundlich zu Polen und Juden gewesen und dienstliche Unstimmigkeiten mit dem Stadtkommandanten hätten ihn veranlaßt, seine Versetzung aus Tschenschochau zu beantragen.

Flossenburg-Prozeß 15 Todesurteile

DACHAU — Im Flossenburg-Prozeß wurden am Mittwoch nachmittag 15 Todesurteile ausgesprochen. Elf Angeklagte erhielten lebenslange Zuchthausstrafen, 14 Gefängnisstrafen und zwar einer 30 und je einer dreieinhalb und 1 Jahr. Fünf der Angeklagten waren bereits freigesprochen worden.

Die Verurteilten waren für schuldig befunden worden, an der Mißhandlung und Ermordung von Gefangenen des Konzentrationslagers Flossenburg teilgenommen zu haben. Zeit und Ort der Vollstreckung der Strafen wird noch von einer höheren amerikanischen Militärbehörde bekanntgegeben werden.

Die Staatsanwaltschaft erteilt eine Erklärung ab

Fälle interessierter Person oder Gruppe sondern sie vertritt die berechtigten Interessen des Staates und der Allgemeinheit.

Die Staatsanwaltschaft bittet aber andererseits auch um die Unterstützung durch die Bevölkerung insoweit, daß alle Personen, die glauben durch Krämmer geschädigt worden zu sein, ihren Fall der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis bringen, damit er untersucht und geprüft werden kann.

Auch solche Personen wollen sich melden, die über die persönliche und berufliche Vergangenheit Krämers Aufschluß geben können, insbesondere während seiner Militärzeit mit ihm in Berührung gekommen oder in dieser Zeit von ihm ärztlich behandelt worden sind.

Die Trolleykasse

Amtsschimmel in neuer Schabracke

In einer großen deutschen Stadt der russischen Zone hat ein neuer Fragebogen das Licht der Welt erblickt:

Betreff: Aufnahme des Bestandes an Handwagen. Unter den Fragen finden sich diese:

Wieviel Räder hat der Wagen? (Das fünfte wird vermutlich sofort demontiert.)

War der Eigentümer des Wagens Mitglied der NSDAP? (Sühnemaßnahme: sofortige Entnazifizierung des Handwagens!!!)

War der Eigentümer Angehöriger der Wehrmacht? (Ablieferung des Wagens und Anrechnung auf Reparationskonto.)

Da behauptet noch einer, unsere Bürokraten hätten keine schöpferische Phantasie. (In Klammern stehen nur die Gedanken der für diesen Fragebogen verantwortlichen Redaktion.)

Frankreiche Außenhandel 1946

Hoher Einfuhrüberschuß

PARIS — Das Jahr 1946 hat eine Steigerung der französischen Einfuhr von 304 Mill. (1945: 10.45) im Wert von 234.01 Milliarden Fr. gebracht, während die Einfuhr sich auf 909 Mill. (1945: 2.65) im Wert von 101.4 Mrd. Fr. steigern konnte. Daraus ergibt sich ein Einfuhrüberschuß von nicht weniger als 132.6 Mrd. Fr., während für 1946 das Defizit erst 45.5 Mrd. betragen sollte.

In diesen Zahlen kommt gleichzeitig der starke Preisanstieg zum Ausdruck. Die Einfuhrmenge hat sich gewichtsmäßig verdreifacht, ihr Wert jedoch vierfacht. Bei der Einfuhr ist die Menge viermal, der Wert jedoch neunmal so hoch als im Vorjahr. Die hohe Bedeutung, welche die französischen Übersiedelern Besetzungen für den Außenhandel haben, ergibt sich daraus, daß der vierte Teil der französischen Einfuhr im vergangenen Jahr von dort her kam. Gleichzeitig ging ein Drittel der Ausfuhr des Mutterlandes nach den auswärtigen Besetzungen.

Im Dezember 1946 hat die französische Einfuhr 22.90 Mrd. Fr. erreicht, gegen 15.3 Mrd. im Dezember 1945. Die Einfuhrmenge betrug im Dezember 234 Mill. t gegen 205 Mill. t im gleichen Vorjahrsmonat. Die Ausfuhr erreichte im Dezember 1946 16.09 Mrd. Fr. gegen 22 Mrd. im Dezember 1945. Die ausgeführten Mengen betragen im Dezember 1946 1.01 Mill. t gegen 0.4 Mill. t im Dezember 1945. Während in den letzten 3 Monaten die Einfuhrwerte eine gewisse Stabilität gewahrt haben (23.5 - 19.5 - 22.9 Mrd. in den 3 Monaten), zeigen die Ausfuhrwerte gleichzeitig einen steilen Anstieg (11.0 - 14.5 - 16.1 Mrd. Fr.)

Die Schweiz 1946

Unabhängige Hochkonjunktur

Der Außenhandel der Schweiz hat sich seit Beendigung des Kriegs erheblich verstärkt. Die Einfuhr erreicht dem Wert nach das Vierfache das Vorjahres, während sie der Menge nach auf das Sechsfache angewachsen ist. Die Ausfuhr erreichte 1946 etwa 1.874 Mill. Sfr. Die Zollentnahmen stiegen in den ersten 9 Monaten auf 192 Mill. Fr. (145 Mill. mehr als L. V.) Infolge der gesteigerten Umsätze im Außenhandel stiegen die Einnahmeüberschüsse der Eisenbahn auf 95 Mill. im Monat. Mit 3.4 Mill. Gästen verzeichnete der Fernverkehr im August den höchsten Stand seit 1934. Dieser Wirtschaftsaufschwung beseitigt restlos die Arbeitslosigkeit. Trotzdem befindet sich die

Besatzungsfranc nicht für Deutsche!

BADEN-BADEN — Die deutschen Staatsangehörigen und alle Personen, die unter das Gesetz Nr. 53 der Militärregierung fallen, werden daran erinnert, daß es ihnen unter Androhung der durch die Verordnung Nr. 72 des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland vom 5. 12. vorgegebenen Strafe verboten ist, andere Zahlungsmittel oder Devisen als Reichsmark, Rentenmark oder Besatzungsfranc in Besitz zu haben.

Insbesondere ist der Besatzungsfranc der demnächst in der französischen Besatzungszone in Umlauf gesetzt wird, ausschließlich für den Gebrauch seitens der Angehörigen der französischen oder alliierter Besatzungen vorbehalten. Demzufolge darf kein deutscher Staatsangehöriger und keine Person, die unter die Bestimmungen des Gesetzes Nr. 53 fällt, Besatzungsfrancs in Zahlung nehmen oder in Besitz haben.

Die Reparationslieferungen an UdSSR

BERLIN — Die Sowjetunion hat bisher 38.77 von insgesamt 40.374 Tonnern Reparationsgüter erhalten, die während des Jahres 1946 gemäß dem Potsdamer Abkommen aus der US-Zone Deutschlands abgeschickt wurden, heißt es in einer Mitteilung, die General William H. Draper jr., der Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, herausgab.

Im Monat Dezember blieb die Zahl von 740 der in den Westzonen gelegenen Fabrikanlagen, deren Zuteilung zu Reparationszwecken vom alliierten Koordinierungsausschuß gebilligt worden war, unverändert. Über zwei Drittel — 495 — von diesem Werke liegen in der britischen Zone, 101 in der US-Zone und 81 in der französischen Zone. Im Dezember begann ferner der Abbau der Großkraftwerke in Mannheim die Frankreich zugeteilt worden waren. Einrichtungen mit einem Gesamtgewicht von etwa 2400 Tonnern sollen aus diesem Werk abtransportiert werden. Die ersten 79 Tonnern wurden bereits im Monat Dezember versandt.

Dr. Schumacher zu Tagesfragen

BERLIN — Die SPD lehne jede Politik der Blockbildung nach Osten oder Westen ab und arbeite daraufhin, daß eine deutsche Demokratie entstehe, welche die Besatzungszeit überdauere, erklärte Dr. Kurt Schumacher auf einer Konferenz der Berliner SPD-Funktionäre in Berlin. Er warnte alle, die auf eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Alliierten hoffen, denn eine solche wäre für Deutschland das Schlimmste. Die Deutschen dürften nicht in den Fehler verfallen, nur die Not und das Elend in Deutschland zu sehen, denn überall in der Welt hungerten Millionen von Menschen genau so wie hier.

Reparationen, erklärte Dr. Schumacher, solle man von Deutschland nicht verlangen, bevor die nötigen Reparaturen in der deutschen Industrie ausgeführt seien. Von vielen Seiten werde immer noch mit der Uner schöpferlichkeit der deutschen Wirtschaft gerechnet, aber auch sie sei eines Tages zu Ende. An der Behandlungsweise des Ruhrgebietes, so führte Dr. Schumacher weiter aus, habe er in London Kritik geübt. Das Ruhrgebiet habe im letzten Jahre für Deutschland und Europa mehr geleistet, als diese für das Ruhrgebiet. Die Ruhrindustrie sei auch für Berlin von großer Wichtigkeit, da die Berliner Industrie im höchsten Maße vom Ruhrgebiet abhängig sei. Das Zweizonen-Abkommen berechtige zu der Hoffnung, daß dies der erste Schritt zu einem Vierzonen-Abkommen sei.

Auf die Spannungen zwischen Sowjetrußland und der sozialdemokratischen Partei in Deutschland sagte Dr. Schumacher: „Wir haben Rußland als mächtigen Staat, seine Kultur und seine Industrie anerkannt, aber wir wollen als Deutsche auch, daß wir in unserer Kultur und unserem politischen Willen respektiert werden.“

Deutsche Journalisten erhalten Reisepässe

BERLIN — Deutschen Journalisten wurden in Berlin Reisepässe ausgehändigt. Die Pässe sollen den Journalisten den Besuch der britischen, der französischen und der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland ermöglichen.

Druck und Verlag Ernst Kriebelin Baden Baden
Redaktion L. Zeschmar - Wirtschaft Dr. H. F. Reiter
Anzeigenleiter: Anton Götting Badener Geschäftsstelle
Hauptstr. 30, Acherner Geschäftsstelle: Hauptstr. 117

Schweiz in einer kritischen sozialen Lage. Der Mangel an Arbeitskräften führt dazu, daß sich diese auf dem Arbeitsmarkt überbieten. Damit wird in dem Verhältnis von Löhnen und Preisen eine inflationistische Tendenz hineingetragen. Diese Schwierigkeiten werden umso ernster, als die Erhöhung der Einfuhr keine Verminderung der Ausgaben des Schweizer Nationalbank im Ausland nach sich zog. Nun hat sich die Nationalbank zu freien Goldverkäufen entschlossen, die einen bedeutenden Umlauf annehmen haben. Diese Entwicklung ist so weit gegangen, daß die Goldverkäufe, die sich auf mehr als 10 Mill. Franken wöchentlich beliefen, sogar den Goldkurs an der „schwarzen Börse“ in Paris in Mitleidenschaft gezogen haben. Trotz des ansteigenden Notenumlaufs hat sich der Bundesrat gegen jede Neubewertung des Franken ausgesprochen, obwohl diese eine Senkung der Ausgaben für die einfuhrenden Waren hätte nach sich ziehen können.

Behelfslieferwagen gelten als PKW

HWA HAMBURG — (Eigenbericht). Straßenverkehrsminister der britischen Zone sind dazu übergegangen, die sogenannten „Behelfslieferwagen“ künftig als Personenkraftwagen zu führen und zu versteuern. Als Begründung wird angegeben, daß mit der Deklaration „Behelfslieferwagen“ viel Mißbrauch getrieben und diese Fahrzeuge oft weniger zum Gütertransport als zur Beförderung von Personen verwendet wurden. Die Fahrzeugbesitzer sagen andererseits, unser Transportraum sei noch so gering, daß man sich die Verwendung von PKW zum Gütertransport nicht herum kommen. Die Erklärung dieser Fahrzeuge zu Personenkraftwagen werde aber nicht nur Zusammenstoßvermeidung mit sich bringen, sondern hat auch erheblich mehr Steuerbelastung zur Folge.

Kiel will Fischkonserven Zentrum werden

HWA KIEL — Zur Beschaffung neuer Arbeitskräfte für die verloren gegangenen Werften hat Kiel dem Ausbau des Nahverkehrsbahnsystems besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Fischereierwerften und Fischkonservenfabriken sind teilweise erweitert worden und sollen im Lauf des Jahres weiter ausgebaut werden. Es besteht in Verbindung mit der geplanten Schaffung einer Kieler Fischereiflotte ein Plan Kiel zum Zentrum der norddeutschen Fischverarbeitenden Industrie zu machen. Die Schaffung von Produktionsstätten für Verpackungsmaterial (Weißblech, Dosen, Fässer, Reifen und Kisten) soll Schritt mit dieser Entwicklung halten.

Jüdische Forderungen zum deutschen Friedensvertrag

NEW YORK — Der provisorische Ausschuß der amerikanischen jüdischen Konferenz beschloß, den Außenministern der vier Großmächte grundsätzliche Punkte für die Einbeziehung in einen deutschen Friedensvertrag zu übermitteln. Die Konferenz forderte:

1. Deutschland muß seine symbolische Schuld für seine ungeheuerlichen Verbrechen gegen die Juden anerkennen.
2. Deutschland muß sein öffentliches und privates Leben vom Antisemitismus reinigen.
3. Der Status und die Behandlung der Juden in Deutschland muß eine Angelegenheit internationalen Interesses und internationaler Überwachung sein.
4. Deutschland muß alle diejenigen wirksam bestrafen, die an der Verfolgung der Juden beteiligt waren oder aus der Verfolgung Vorteile gezogen haben.
5. Die Juden, die durch benachteiligende Gesetzgebungen ihrer Nationalität beraubt wurden und denen die Ausübung ihrer Bräuche verboten wurden, müssen diese Rechte wiedererlangen, sollen jedoch nicht dazu gezwungen werden.

6. Die Juden in Deutschland müssen das Recht erhalten, aus Deutschland auszuwandern und ihr Eigentum mitzunehmen.

7. Alle jüdischen vertriebenen Personen, die sich infolge der herrschenden Umstände gezwungenermaßen in Deutschland aufhalten, müssen den Schutz alliierter und anderer internationaler Behörden genießen. Es muß verhindert werden, daß sie jemals der rechtlichen Verwaltung Deutschlands unterstellt werden. Deutschland hingegen, das dafür verantwortlich ist, daß diese Menschen aus ihrer früheren Heimat entwurzelte wurden, muß Mittel für deren Existenz bereitstellen, bis diese unglücklichen Menschen Gelegenheit haben in das Land zu gehen, in dem sie sich niederlassen wollen.

8. Die Juden, die in Deutschland verbleiben, müssen die Freiheit erhalten, Vereinigungen zu bilden und das Recht, ihren religiösen und anderen Bräuchen in der gleichen Weise nachzukommen, wie in der Zeit vor Hitler.

9. Das Eigentum, das den einzelnen Juden geraubt wurde, muß diesen oder deren Angehörigen zurückgegeben werden.